

Pulsnitzer Tageblatt

Kernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2188. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Verleger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf An-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Anzeigenschrift 8 Pfl.; amtlich 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelant der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Brettnig, Hanswalde, Horn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. F. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 269

Sonnabend, den 17. November 1928

80. Jahrgang

Amthlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schokoladenfabrikanten Karl
Dewin Claus, alleinigen Inhabers der Firma „Claro“ Dewin Claus in Großnaundorf,
Radeberger Str. Nr. 38 B ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachter Vorschlags
zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin auf

den 11. Dezember 1928, nachmittags 2 Uhr

vor dem Amtsgerichte Pulsnitz anberaumt worden.

Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der
Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

In diesem Termin sollen auch nachträglich angemeldete Forderungen geprüft werden.

Amtsgericht Pulsnitz, den 16. November 1928.

In der Gemeinde Lichtenberg soll die Anlieferung von
150 Ibs. Mtr. Hochbord
frei Verwendungsstelle an den Mindestfordernden vergeben werden. Angebote sind schriftlich bis
zum 25. November 1928 im Gemeinbeamt abzugeben.

Lichtenberg (Amtsh. Ramenz), am 17. November 1928.

Der Gemeinderat

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Frankreichs Vertreter beim Völkerbund ist von seinem Posten zurück-
getreten.

An der englischen Küste ging ein Rettungsboot mit 17 Mann unter.
Der neue mexikanische Staatspräsident Genor Portes Gil hat nach
Meldungen aus Mexiko-Stadt dem Nationalkongress der Arbeiter
und Angestellten eine Gesetzesvorlage unterbreitet, wonach jeder
körperlich gesunde Bürger in Mexiko künftig einem Beruf nach-
gehen muß.

Wie aus Tokio gemeldet wird, ist der japanische Frachtdampfer „Na-
gasaki Maru“, 5268 Tonnen, nach dem Zusammenstoß mit dem
Dampfer „Shinsei Maru“, 4354 Tonnen, in der Nähe der Sachalin-
Inseln gesunken. Von der Besatzung konnten nur der Kapitän und
zwei Offiziere gerettet werden.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Die Affäre

tsd. In die friedliche und gewohnte Gleichförmigkeit
des täglichen Lebens bricht plötzlich, wie ein Blitz aus he-
isterem Himmel, ein ungewöhnliches Ereignis herein. Man
hält einen Augenblick überrascht den Atem an. Man reißt
sich die Augen aus, als ob man ein Gespenst verschrecken
wolle. Die Gedanken tappen wie aus Träumen aufge-
schreckt, schlafwandlerisch, durch die Gehirnwindungen, als
suchten sie nach einem Halt, da vieles zu wanken scheint,
was man bisher felsensfest eingemauert glaubte, das als
wahr, echt und unumstößlich sicher galt. Mit einem Mal
scheint das Unterste zu oberst getehrt. Eine zerstörende
Macht reißt rückwärtslos die Schleier von einem Idealbild,
das man in sich trug. Hintergründe gähnen abgrundtief
und welkenweit auf.

Und was ist diese „Affäre“? Ein Mord, ein Selbst-
mord, Unterschlagungen usw. Kapitale Verbrechen gegen das
Leben des Einzelnen und der Allgemeinheit. Ein guter Be-
kannter steht im Handumdrehen vor den Schranken, durch
die Gut von Böse getrennt werden. Ein Mann, dem man
sein Wohl und Wehe unbesehen anvertraut hätte, durchbricht
alle Bande frommer Scheu und belastet sein Gewissen mit
einer Tat, für die es keine Sühne geben kann. Weil sie
Einmaliges, wie es jeder Mensch ist, zu Nichts auslöscht,
ein Gewesenes aus dem Gang der Dinge austreicht, der
für jeden Menschen eine zweckentsprechende Eingliederung in
ein Gesamtgefüge vorsieht. Die Affäre jedoch schiebt einen
Nagel vor alles Gemeinere.

Die Affäre ist ein Janal, das uns anrütteln soll,
uns daran erinnern will, daß alles menschliche Streben
Stückwerk ist. Denn „Es irrt der Mensch so lang er strebt“.
Weil „zwei Seelen wohnen, ach in unserer Brust“. In der
gleichen Brust, in der des „Schicksals Sterne“ liegen. Die
Affäre aber läßt mit grausamer Deutlichkeit die andere der
beiden Seelen sehen, die dem Menschen zum Unstern wurde

Pulsnitz. (Arztlicher Sonntagsdienst.)
Der ärztliche Sonntagsdienst wird am Sonntag, den 18. No-
vember 1928 von Herrn Dr. med. Schöne versehen.

Pulsnitz. (Die Mütterberatung) findet am
Montag, den 19. November, nachmittags 3—4 Uhr im
Rathause — 1 Treppe — statt. Arzt wird anwesend sein.
Die Wohlfahrtsprechstunde wird am Donner-
stag, den 22. November, nachmittags 2—4 Uhr im Stadt-
krankenhaus abgehalten.

Pulsnitz. (Märchenabend) im Saale des
Schützenhauses am kommenden Dienstag — Aufführung 1/2, 6

Schluß der Panzerkreuzer-Debatte

Die Berliner Presse zur Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages — Zum Wechsel im sächs. Volksbildungsministerium

Krise abgeblasen!

Zwischen Abend und Morgen ist immer die schönste Zeit
der Beruhigung. Alles sieht sich viel ruhiger und weniger
schrecklich an, wenn man erst eine Nacht darüber geschlafen
hat. So ging es auch unseren Volksboten im Deutschen
Reichstag. Am Donnerstag eine flüchtige Debatte mit allen
mehr oder weniger schönen Begleiterscheinungen unseres
Parlamentarismus. Es wurde geschimpft, bekräftigt und zum
Besseren geraten, und alles geschah in einer Sphäre der Er-
regung und politischen Gerechtigkeit. Besonders die Rede des
sozialdemokratischen Sprechers, Wels, fand bei denen, die
nicht zur Partei des Redners zählen, wenig Beifall. Man
beschwerte sich darüber, daß der Ton des Herrn Wels un-
passend sei. Sollte diese Erkenntnis etwa der Anfang zu dem
Bestreben sein, daß man an die Stelle erhörter Reden die
sachliche Erörterung und Arbeit setzen will? Wenn ja, so
begreifen wir es. Wozu auch immer so erregt! Erstens geht
es an die Nieren und verbraucht die Kräfte, und zweitens
kommt nichts, aber auch gar nichts dabei heraus! Schließlich
müssen doch unsere Volksboten ihre Nerven schonen. Denn
wo soll es hinführen, wenn wir ein nervöses Parlament
haben? Und der Idee einer gemeinsamen Front nach außen
dient das Gegenteil auch nicht.

Nach der Hitze des Gefechts am Donnerstag war man
am Freitag längst nicht mehr so kampfwütig. Das Ergebnis
der Abstimmung über den Panzerkreuzerbau war ja jedem
schon am Donnerstagabend kein Rätsel mehr. Schließlich ist
es doch nur immer ein Rechenexempel, und wer das kleine
Zinnaleins gut beherrscht, hat sehr bald heraus, wie eine
Abstimmung ausgeht. Als daher am Freitag mittag der
Panzerkreuzerdebatte zweiter Teil in Szene ging, sprach kein
Mensch mehr von Krise, sie war längst abgeblasen. Das Ka-
binett hatte außerdem versprochen, daß man die Erörterun-
gen über den Panzerkreuzer mit mehr Sachlichkeit zu Ende
führen wollte, und damit waren Zentrum, Deutsche Volks-
partei und Demokraten, die gegen die Tonart des sozialdemo-
kratischen Abgeordneten Wels bei der Reichsregierung profe-
siert hatten, zufrieden. Die Wogen waren also geglättet,
und leicht plätscherten die Reden der letzten Panzerkreuzer-
redner am Freitag dahin.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom 16. November 1928.

In der Freitagssitzung wurde zunächst die Aussprache über
die Anträge zum Panzerkreuzerbau fortgesetzt. Der
völksparteiliche Abgeordnete Brüninghaus wandte sich so-
fort mit scharfen Erklärungen gegen den Sozialdemokraten
Wels, der es am Vortag in seiner aufreizenden Art fast zur
Regierungskrise getrieben hätte. Brüninghaus ging von
dem großen Vertrauensvotum aus, daß die französische Kammer
am Donnerstag Poincaré ausgesprochen. Er fuhr fort: „Statt, daß
wir auch in unserer Nation versuchen, in Einigkeit unsere
Unterhändler in der Reparationsfrage beizutreten, gehen wir
daran, durch Anträge, die weder aus etatrechtlichen, noch
aus allgemeinpolitischen Gründen zu rechtfertigen sind,
eine Spaltung in das Volk hineinzutragen. Wenn durch das
Vorgehen der Sozialdemokraten schwere Konflikte innerer Natur
auftauchen und wenn unsere Stellung gegenüber dem Repara-
tionsproblem geschwächt wird, dann fällt die volle Verantwortung
auf die Antragsteller zurück. Der Abgeordnete Wels betrachte die
Angelegenheit nur vom parteipolitischen Gesichtspunkt aus. Die
Erklärung, daß der Reichstag an die Beschlüsse des vorigen
Reichstags nicht gebunden sei, mache den Parlamentarismus un-
möglich. Der sozialdemokratische Antrag bedeute die Errichtung
einer Diktatur der Minderheit mit rückwirkender Kraft.“

Die Rede des Herrn Wels wäre vielleicht anders ausgefallen,
wenn der Reichskanzler vor ihm gesprochen hätte. Die Behaup-

tung des Abg. Wels, daß das Wehrministerium gegen die Haren
gesetzlichen Bestimmungen rund 35 Millionen für den Panzer-
kreuzer vergeben habe, sei

eine schwere Anschuldigung gegen das gesamte Kabinett
gewesen. Der Kanzler habe seinen Fraktionsgenossen aufs schärfste
widerlegt. Der Abgeordnete Brüninghaus ging dann auf die
Widersprüche ein, die der Abgeordnete Wels entwickelt habe. Er
habe zwar gemeint, er verkenne nicht die Notwendigkeit, daß die
Reichswehr einen nach der See verlängerten Arm besitze. Dann
aber habe er unter Anführung aller Daten dargelegt, daß die
Sozialdemokratie starr und bieder die ganzen Jahre hindurch
jede Marineforderung abgelehnt habe. Entgegen-
gesetzt habe der Kanzler hervorgehoben, daß die Sozialdemokraten
den Wehrgeboten ablehnen. Brüninghaus forderte den Reichs-
kanzler auf, die sozialdemokratischen Gedankengänge in dieser
Sinnrichtung näher zu erläutern.

Auch im Lager unserer früheren Gegner werde sich der Ge-
dank durchsetzen müssen, daß

Deutschlands Ausrüstung der der anderen Staaten
anzugleichen

sei. Ob das durch Aufrüstung Deutschlands oder durch die
Abrüstung der anderen geschehe, sei gleichgültig. Von
dem, was uns das Versailler Diktat erlaube, etwas aufzugeben,
sei unmöglich. Die Debatte habe das Gute gehabt, daß sich eine
breite Front für den Panzerkreuzerbau im Parlament gebildet
habe.

Der Demokrat Demmer erklärte, die Rede des Ab-
geordneten Wels habe den Eindruck erweckt, als ob die Sozial-
demokratische Partei in schärfstem Gegensatz zum Kabinett stünde.
Die Jugend habe kein Verständnis für den Rückwärtsmarsch in der
politischen Haltung der Parteien. Der Zwiespalt zwischen parla-
mentarischer Gefolgschaft und der verantwortlichen Führung in der
Regierung könne im Lande nicht überall begriffen werden. Seine
Partei werde dem sozialdemokratischen Antrag die Zu-
stimmung versagen. Er selbst gehöre zu denjenigen, die schwer
mit sich gerungen hätten, ehe er zu diesem Entschluß gekommen
sei. Die Frage, ob die künftigen Raten verweigert werden sollten,
werde seine Partei demnächst eingehend prüfen. Zentrums-
abgeordneter Wirth betonte, der Freitag sei für ihn ein
Tag bitterster Erfahrung gewesen. Mit Recht könne man von einer

Krise des Parlamentarismus

Wirth gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß gestern
der Abgeordnete Treviranus durch die Anerkennung der
nationalpolitischen Bedeutung des ersten Reichspräsidenten die
Möglichkeit für eine klare und aufrichtige Aussprache über diese
Probleme gegeben habe. Die gestrige Fraktionssitzung des
Zentrums sei eine der denkwürdigsten in der Geschichte gewesen.
Die Zentrumskolonie habe sich für die Ablehnung des
sozialdemokratischen Antrages entschieden. Im
Interesse des deutschen Volkes wünsche sie keine politische Krise.

Der der Deutschen Volkspartei angehörende Außenminister
solle in den nächsten Tagen über auswärtige Politik sprechen.
Wenn die Regierung nicht in sich konsolidiert sei, würden seine
Ausführungen am Vorabend der Reparationsbesprechungen nicht
das notwendige Gewicht haben. Das Zentrum ließe sich durch
nichts, auch nicht durch Denkschriften, die der Öffentlichkeit nicht
zugänglich seien, von der kritischen Nachprüfung der mit dem Bau
des Panzerkreuzers verbundenen Fragen abhalten. Die Sozial-
demokratie habe allen Anlaß, sich mit diesen Fragen sachlich und
praktisch zu beschäftigen. Wenn die Sozialdemokraten nicht ihr
Mißtrauen zurückstellen könnten, würde es im Interesse der po-
litischen Entwicklung besser sein, wenn die schleichende Krise heute
ausbräche. Das Zentrum sei sich der Lage Ostpreußens wohl be-
wußt, ebenso müsse man aber an alle übrigen Grenz-
gebiete denken. Der Gedanke, das Wehrproblem mit der Er-
weiterung sozialer Notstände zu verbinden, sei abwegig. Parla-
ment und Regierung müßten die Notstände lindern. Man könne